



**Die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern
- Staatskanzlei -
Schloßstr. 2 - 4
19053 Schwerin**

Schwerin, den 25. April 2018

Offener Brief an die Ministerpräsidentin des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

mit großer Enttäuschung haben die Mitglieder, Beschäftigten und die ehrenamtlich Engagierten des Arbeitslosenverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. zur Kenntnis genommen, dass unser Schreiben vom 12. Januar 2018 – ein Hilferuf zum Erhalt bedrohter sozialer Projekte an Sie, die Ministerpräsidentin unseres Bundeslandes – bis heute nicht beantwortet wurde.

Auch die Medienberichterstattung über die Folgen der Mittelkürzungen bei den Jobcentern und unser Schreiben an Sozialministerin Drese, in welchem wir die Erwartung vorgetragen haben, an den Gesprächen des angekündigten Runden Tisches zur Rettung sozialer Projekte beteiligt zu werden, blieb bis heute unbeantwortet.

Stattdessen haben wir zur Kenntnis nehmen müssen, dass Sozialministerin Drese am vergangenen Montag ausschließlich eine Beratung mit Trägern von gefährdeten Tafelausgaben durchgeführt hat. Diese Hilfestellung sehen wir ebenfalls als notwendig an und unterstützen diese vorbehaltlos, sehen aber auch die Notwendigkeit der Unterstützung anderer gefährdeter sozialer Hilfeprojekte wie zum Beispiel Möbel- und Kleiderbörsen und Sozialkaufhäuser.

Sie können sich wahrscheinlich nicht vorstellen, welche Wirkung die fehlende Hilfe für unsere bedrohten und doch so notwendigen sozialen Projekte betreffend, auslöst.

Seit Jahren hält der Arbeitslosenverband unter immer schwieriger werdenden Bedingungen Möbelbörsen, Kleiderbörsen, Tafelausgaben, Arbeitslosentreffs und Begegnungsstätten, Bewerbercenter und Beratungsprojekte vor und ist nach wie vor der größte Träger der gemeinnützigen Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung in M-V. Darüber hinaus engagieren wir uns in der Kinder- und Jugendarbeit und organisieren und

finanzieren mit Hilfe vieler Spenderinnen, Spender und Sponsoren teilweise seit zwanzig Jahren und länger an vielen Standorten landesweit Ferienfreizeiten.

Mit den seit Jahren anhaltenden Kürzungen und der ebenso jahrelangen Unterfinanzierung der Verwaltungshaushalte bei den Jobcentern, verringern sich deren Möglichkeiten auch in unserem nach wie vor von hoher Langzeitarbeitslosigkeit geprägten Bundesland, Integrationsmaßnahmen für lange Zeit arbeitslose Frauen und Männer durchführen zu können.

Mangels anderer geeigneter Instrumente sind viele Projekte – nicht nur bei uns als Träger – auf Arbeitsgelegenheiten angewiesen und diese für viele langzeitarbeitslose Frauen und Männer die einzige Chance, ihre Arbeits- und Perspektivlosigkeit zu unterbrechen.

Mit den Kürzungen in diesem Jahr ist eine Situation erreicht, die den Erhalt dieser Projekte gefährdet. Das in Aussicht gestellte Bundesprogramm bietet nach den bisherigen Erfahrungen und Informationen keine geeignete Alternative, zumal es für eine Behebung der akuten Situation zu spät kommt.

Mit dem drohenden Wegbrechen unserer Projekte an einzelnen Standorten werden also dreifach negative Wirkungen erzielt:

1. diese notwendigen Projekte fehlen den bedürftigen Hilfesuchenden,
2. für langzeitarbeitslose Frauen und Männer fallen Integrationsmaßnahmen weg,
3. mit den wegfallenden Projekten sind daran gekoppelte Arbeitsplätze gefährdet und es werden weitere arbeitslose Frauen und Männer billigend in Kauf genommen.

Frau Ministerpräsidentin Schwesig,

in vielen Reden im Landtag und in der Öffentlichkeit haben Sie den Menschen versprochen gegen Arbeitslosigkeit, insbesondere gegen Langzeitarbeitslosigkeit, und gegen die Armut im Land und für soziale Gerechtigkeit kämpfen und niemanden zurück lassen zu wollen.

Wir sind im Moment einfach nur enttäuscht von Ihnen.

Gleichwohl werden wir uns weiterhin für langzeitarbeitslose und andere hilfebedürftige Menschen im Land nach Kräften engagieren und stehen auch Ihnen weiterhin für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,

Jörg Böhm
Vorsitzender